

Filmförderungsgesetz: Deutscher Kulturrat fordert Bundestag und Bundesregierung zu raschem Handeln auf (Resolution)

Berlin, den 18.03.2009. Nachdem das Bundesverwaltungsgericht Ende Februar die Rechtmäßigkeit einer Filmabgabe zwar grundsätzlich bestätigt, aber an der ungleichen Verteilung der Abgabepflichten verfassungsrechtliche Bedenken angemeldet hat, ist für die gesamte Film- und Kinolandschaft in Deutschland eine äußerst schwierige Lage entstanden. Schon jetzt sind angesichts der finanziellen Unsicherheit zahlreiche Projekte in allen Bereichen der Filmwirtschaft massiv gefährdet. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, fordert die politischen Entscheidungsträger in Parlament und Bundesregierung daher auf, in dieser Krisensituation schnell zu reagieren und noch vor Ende der laufenden Legislaturperiode durch Nachbesserungen im Filmförderungsgesetz die aufgetretenen Hindernisse für ein funktionsfähiges Fördersystem zu beseitigen, um so den Bestand der deutschen Filmförderung auf allen Ebenen zu sichern.